



**IPPNW**

International Physicians  
for the Prevention  
of Nuclear War

**Deutsche Sektion der  
Internationalen Ärzt\*innen  
für die Verhütung des  
Atomkrieges / Ärzt\*innen in  
sozialer Verantwortung e.V.**

Körtestraße 10 | 10967 Berlin  
Tel.: +49 (30) / 698 07 40  
Fax: +49 (30) / 693 81 66  
E-Mail: [ippnw@ippnw.de](mailto:ippnw@ippnw.de)  
[www.ippnw.de](http://www.ippnw.de)

**Vorstand**

Dr. Angelika Claußen  
Carlotta Conrad  
Dr. Robin Maitra  
Daniel Oehler  
Dr. Lars Pohlmeier  
Ute Rippel-Lau  
Ralph Urban  
Dr. Ute Watermann  
**International Councillor**  
Dr. Helmut Lohrer  
Friederike Bröderhausen  
**Ehrenvorstandsmitglied**  
Prof. Dr. Ulrich Gottstein

**Wissenschaftlicher Beirat**

Dr. Jan van Aken  
Dr. Heinz Loquai  
Prof. Dr. Mohssen Massarrat  
Prof. Dr. Götz Neuneck  
Prof. Dr. Norman Paech  
Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake  
Prof. Dr. Otmar Wassermann

IPPNW e.V. | Körtestraße 10 | 10967 Berlin

Bundesaußenminister Heiko Maas  
Staatsminister Niels Annen  
Auswärtiges Amt

11013 Berlin

Hamburg/Berlin, 5. August 2021

**Betreff: Offener Brief zur Teilnahme an AVV-Staatenkonferenz**

Sehr geehrter Herr Außenminister Maas,  
sehr geehrter Herr Staatsminister Annen,

mit Freude haben wir zur Kenntnis genommen, dass die SPD in ihrem Programm zur Bundestagswahl die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an der Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags fordert. Ebenso wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sind wir der Meinung, dass die Bundesrepublik die Intentionen des Vertrags konstruktiv begleiten soll.

Die Konferenz wird voraussichtlich vom 12.-14. Januar 2022 in Wien stattfinden. In Ihren Funktionen als derzeitiger Außenminister und als Staatsminister im Auswärtigen Amt bitten wir Sie, die für eine Teilnahme Deutschlands notwendigen Schritte umgehend einzuleiten. Damit stellen Sie sicher, dass die Bundesrepublik auch im Falle einer zeitaufwändigen Regierungsbildung an der Konferenz teilnehmen kann und ausreichend Zeit für die Vorbereitungen besteht. Außerdem würden sie den Boden für die Umsetzung des Wahlversprechens der SPD bereiten.

Laut dem diesjährigen Bericht des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) modernisieren alle Atomwaffenstaaten ihre Arsenale und die Zahl der einsatzbereiten Sprengköpfe steigt. Es braucht Diplomatie und Mut, um Vertrauen aufzubauen und nukleare Abrüstung voranzubringen. Sie haben mit der Unterstützung der Stockholm-Initiative einen ersten Schritt in diese Richtung getan. Eine Teilnahme Deutschlands an der Vertragsstaatenkonferenz wäre ein weiterer solcher Schritt.

Die Bundesrepublik würde der Mehrheit der Staatengemeinschaft signalisieren, dass ihre Sicherheitsbedenken ernst genommen werden und wäre frühzeitig in die Ausgestaltung des neuen Vertrages eingebunden. Zudem könnte sich die Bundesregierung schon vor einer Unterzeichnung

des Vertrages an der Wiedergutmachung für die Opfer der Atomwaffeneinsätze und -tests beteiligen, wie das Artikel 6 des Vertrages vorsieht.

Wir bitten Sie darum, die letzten Wochen Ihrer Amtszeit dafür zu nutzen, die Teilnahme Deutschlands an der Konferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag vorzubereiten.

Damit würden Sie nicht nur ein Bekenntnis zum demokratischen Multilateralismus der Vereinten Nationen leisten, sondern auch dem Wunsch der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung entsprechen.

Mit freundlichen Grüßen



Daniel Becker, Vorstandsmitglied, Internationale Ärzt\*innen für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzt\*innen in sozialer Verantwortung (IPPNW), e.V.



Xanthe Hall, Vorstandsmitglied, International Campaign to Abolish Nuclear weapons (ICAN) Deutschland

